

Prana's
Milch-Seife
Dresden.

Dresdner Nachrichten

Hugo Borack
Hollfärberei
Altmarkt, Seestraße 1.
Ball-Strümpfe
Kragen
Shawls
Handschuhe
Veberschärfe.
Tricots
für Kostüme.

Lobeck & Co.
Hollfärberei, M. Majasit des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

42. Jahrgang.

Dresden, 1897.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

R. Beyer → Papier-Fabrik-Lager ←
Papier-Grosshandlung → **Am See 16**
Größtes Lager aller Sorten Pappens und Packpapiere, Formate
und Rollen in allen Größen, Schreib-, Post-, Druck- und Um-
schlag-Papiere. Inmirt. — fettleucht — echt — und Butter-
pergament. Weiss und farbige Seidenpapiere.
Geldverkehrsnoten. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

C. Heinrich Barthel
Putz- und
Neueste Modewarenhaus Modelle
Strohstofffabrik
Waisenhausstr. 30, Fernspr. I, 3390.

Tuchwaaren. Den Eingang sämtlicher deutschen und englischen Frühjahrs-Neuheiten zeigen ergebenst an. **Pörschel & Schneider,** Scheffelstrasse 19.

Sr. 93. Spiegel: Ministerium Baden und Dr. Lueger. Politisches. Nachrichten, Stadtverordnetenversammlung, Victoriasalon, Bahn-Verkehrshandlungen, Der Prophet. Theaia von Gumpert 7.

Mittwochliche Bitterung: Sonnabend, 3. April. Frühe, kalt.

Politisches.
Graf Badeni, der zweite Lauffe, scheint die Schule seines staatsmännlichen Vorbildes auch in seinem besonderen Verhalten gegenüber dem Deutschliberalismus oder Deutschfortschrittlichkeit, wie das Bild jetzt heißt, getreu zu befolgen zu wollen, indem er an den politischen Resten jener Partei dasselbe Entgegnungsverfahren liest, mit dessen Hilfe Graf Lauffe seinerzeit der damals noch herrschenden Partei die Mehrheit entriß. Die Lage soll klar und deutlich dahin markiert werden, daß der Deutschliberalismus für Lauffe nicht mehr regierungsfähig ist; so wird man die zunächst überraschende Meldung der Wiener „Neuen Freien Presse“ beachten müssen, nach der das Ministerium seine Entlassung gegeben habe, weil die Verhandlungen wegen der Bildung einer parlamentarischen Mehrheit unter Heranziehung der fortschrittlichen Fraktionen gescheitert seien. Diese Auslegung wird nicht nur durch die in der letzten Zeit verfolgte Gesamtpolitik Badenis unterstützt, sondern sie erhält überdies einen zuverlässigen Anker durch die weitere Mitteilung, daß Badeni dem allgemeinen Erwarten nach wieder mit der Kabinettsbildung betraut werden solle. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint auch der zeitliche Zusammenhang der Demission des Kabinetts mit den Ereignissen, die sich im Wiener Gemeinderath abspielten, nicht als bloße Zufälligkeit. Die durch die Personalität des Dr. Lueger bezeichnete parteipolitische Bewegung kann fortan nach dem völligen Versagen des Deutschliberalismus für die Erwägungen und Entschlüsse der Wiener Regierung nicht mehr als unmaßgebliche Masse betrachtet werden; das ist die Quintessenz der augenblicklichen innerpolitischen Lage in Oesterreich, der das Ministerium durch Stellung der Kabinettsfrage offenbar einen bestimmten und unzweideutigen Ausdruck geben will. Deshalb konzentriert sich zugleich mit der Regierungssache das allgemeine Interesse auf die Veränderung, die sich in der Leitung der Stadt Wien zu vollziehen im Begriffe steht, weil von ihr eine weitverbreitete innerpolitische Wirkung ausgehen dürfte.
Mit einer Beharrlichkeit, für die eine Gefahr des Abstürzes nicht vorhanden zu sein scheint, steigt der Herr von Wien und Niederösterreich von Staffel zu Staffel auf der Leiter des Erfolges empor. Von der Stadt Wien zog Herr Dr. Lueger siegreich in den niederösterreichischen Landtag ein und jetzt haben ihn auch die niederösterreichischen Reichsrathsmitglieder mit einer impetanten Vertrauensstimmung auf den Schild erhoben. Eines aber hat dem von der Volkskunst so hoch emporkletterten ehemaligen Advokaten bisher doch noch gefehlt: die Erlangung der obersten Würde in der Reichshauptstadt, die Bürgerkrone der Gemeinde Wien, die er wie ein moderner César aus höheren politischen Rücksichten mehrmals zurückgeschoben mußte, obwohl der unerschütterliche Wille seiner Anhänger sie ihm wieder und wieder auf das Haupt setzen wollte. Herr Dr. Lueger ließ sich durch den Eifer seiner Freunde nicht vereiteln, eher zuzugreifen, als bis der rechte Augenblick gekommen sein würde. Er kannte und besaß den Grundsatz, daß Geduld das Geheimnis des Erfolges ist. Jetzt ist sein Vorhaben endlich besahmet worden. Herr Strobach geht und Herr Dr. Lueger wird in kurzer Frist seinen Platz einnehmen.
Wiermal ist Dr. Lueger bereits zum ersten Bürgermeister Wiens gewählt worden: am 29. Mal, am 29. Oktober und am 13. November 1895 und am 18. April 1896. Als die Wahl Luegers zum ersten Male stattfand, glaubte die Regierung der ihr unbehaglichen Entwicklung der Dinge noch mit einer Kräftprobe belohnen zu können, indem sie den Gemeinderath auflöste und die Verwaltung der Stadt bis zu den Neuwahlen einem Regierungskommissar übergab. Das Mittel zog aber nicht, sondern brachte nur Herrn Dr. Lueger eine verstärkte Mehrheit, die ihn dieses Mal bevorzugt, nicht wieder zu bezüchten, sondern die Sache infanzgenug zum Austrag zu bringen. Das Ergebnis war, daß dem Gemeinderath die vollständige Befähigung verweigert wurde, worauf Graf Badeni im Abgeordnetenhaus die begründete Erklärung abgab, daß er die Wahl Dr. Luegers zum Bürgermeister von Wien dem Kaiser zur Befähigung nicht habe vorschlagen können, weil die erforderliche Bürgerschaft für eine streng objektive, sachliche, von jedweder agitatorischen Tendenz freie, allen Klassen der Bevölkerung gegenüber gleichmäßige, den Anforderungen der Autorität volle Rechnung tragende Führung der Verwaltung nicht außer Zweifel stehe. Fünf Tage später war Dr. Lueger wiedergewählt und abgemerkt wurde der Gemeinderath heimgesendet. Es half aber Alles nichts. Auch die zum 4. Male erneuerten Wahlen ergaben dasselbe Resultat, indem sie auf den Namen Lueger eine geschlossene Mehrheit vereinigten. Um diesem nachgerade unhaltbar gewordenen Zustand ein Ende zu machen, appellierte Graf Badeni von dem politischen Agitator und Volksmann Lueger an den Taktiker und Regierungskandidaten Dr. Lueger und zwar mit Erfolg. Herr Dr. Lueger wurde zum Kaiser beföhlen und brachte von dieser Audienz den Entschluß mit, auf die Annahme der zum vierten Male auf ihn gefallenen Wahl zu verzichten — aber nur einstweilen. Inzwischen wurde Herr Strobach durch unaufhaltsames Fortschreiten auf seiner politischen Siegesbahn zu beweisen, daß er unüberwindlich sei. Als ehemaliger Advokat hatte er den ihm ausgesetzten Wechsel auf das Wiener Bürgermeisteramt rechtzeitig protestiert und ihn dann in seinem politischen Portefeuille wohl verwahrt, um jedwede seine Forderung gegen die Re-

gierung geltend machen zu können. Inzwischen ließ er Herrn Strobach bei seinem Amtsantritt die ausdrückliche Erklärung abgeben, daß seine Amtsführung nur als eine provisorische zu betrachten sei. Auf der anderen Seite ließ die Regierung durchblicken, daß die von ihr gehegten Bedenken wegen der administrativen Befähigung Dr. Luegers hauptsächlich auf seine politische Betätigung in Ausübung seines Reichsrathsmandats sich gründeten. Auch verleitete, es sei an Dr. Lueger direkt das damals von ihm zurückgewiesene Ansuchen gestellt worden, gegen die Gewährung der Befähigung auf das Reichsrathsmandat zu verzichten.
Wenn man sich die bezeichneten Vorgänge in die Erinnerung zurückruft, so wird nicht auffälliger darin gefunden werden können, daß gleichzeitig mit dem Rücktritte des Bürgermeisters Strobach die bestimmte Meldung auslief, Dr. Lueger wolle von der ferneren Ausübung seines Abgeordnetenmandats absehen. Dr. Lueger ist offenbar der Meinung, daß jetzt seine Zeit für den Wiener Bürgermeisterei gekommen sei und er will deshalb aus dem Wege, der zum Wiener Rathhaus führt, jedes Hindernis hinwegräumen. Wenn er dann seinen Wechsel auf das Bürgermeisteramt aus dem Portefeuille nimmt und ihn dem aus dem Gesessenen der Demission gereinigt hervorgegangenen Grafen Badeni schmerzhaft präsentiert, wird dieser ihn einlösen, ohne sich einen Augenblick länger zu befinden. Das ist nicht zu bezweifeln, weil der Ministerpräsident die Stimmen der Partei Lueger für den Ausgleich so nötig braucht, wie die Butter auf's Brot. Herr Dr. Lueger aber wird, wenn er erst einmal weich gebettet im Wiener Stadthause ruht, auch kein Unmuth sein, sondern seinen und seiner Freunde das gegen Ungarn soweit dämpfen als nötig ist, um das Elb Ausgleich gar zu machen, ohne es vor allzu großer Hitze in die Gefahr des Zerplatzens zu bringen.
So stehen die Sachen zur Zeit und weder dem Grafen Badeni, noch dem Dr. Lueger kann es von demänsigen Leuten verdacht werden, wenn sie als reale Politiker aus den Dingen machen, was gemacht werden kann. Insbesondere die Deutschliberalen, die über die neueste Wendung zorniglich aufbegehren, haben am allerwenigsten Ursache sich zu beschweren. Wenn ihre antisemitischen Gegner jetzt in der Ausgleichstrage einreden wollen, um sich regierungsfähig zu machen, so ist dies durch doch nicht von ihren grundlegenden Prinzipien, wie das bei den Liberalen zu einer kläglich und jämmerlichen Gemüthsheit geworden ist. Erst in diesen Tagen haben die unter dem Namen Deutschfortschrittler haufenden Nefanden des Deutschliberalismus ihren Namen wiederum zum Gespött gemacht, indem sie zu der böhmischen Sprachenverordnung des Grafen Badeni statt des allein zulässigen kategorischen „Nein“ ein weinerliches „Ja“ sagten, mit dem „festen“ „inneren“ Entschlusse, es nun aber auch ganz und ganz und ganz nicht wieder zu thun, sondern das nächste Mal sicher mit „Nein“ zu stimmen. Natürlich wird es auch bei der nächsten Gelegenheit wieder nicht, sondern die wackelnde Natur dieser Sorte von Politikern gewinnt allemal die Oberhand. Am deutlichsten offenbart sich die weit vorgeschrittene Form der Verfallschichte des Deutschliberalismus an den Ereignissen des ehemaligen Wiener Reichsrathsorgans der Partei, der „Neuen Freien Presse“. Angesichts des schweren Gestirns der Lage findet dieses Blatt den Muth, über den Rücktritt des Bürgermeisters Strobach und seine innerpolitischen Folgen in einer Weise zu urtheilen, die von Blasphemien förmlich strotzt und das christliche Empfinden auf das Heftigste betäubt. Und solche Elemente wollen sich darüber beschweren, daß Graf Badeni und Dr. Lueger sich auf halbem Wege entgegenkommen und sich die Hand zum Vunde reichen?
Man braucht deswegen nicht in den Fehler zu verfallen, daß man Herrn Dr. Lueger und seine Leute als eine Art von Wesensmenschen betrachtet, und Alles, was sie sagen und thun, wunderlich und einwandfrei findet. Im Gegenstheil, es sind auch auf dieser Seite manche greifbare Mängel vorhanden, unter denen in erster Linie der „unermüdete“ alsbald folgende Ton zu nennen ist, den die antisemitische Partei nicht nur im Wiener Gemeinderath, sondern auch im niederösterreichischen Landtag und sogar im Abgeordnetenhaus eingeführt hat. Im Abgeordnetenhaus ist es insbesondere bisher ungewohnter Weise zu beobachten, in neuerer Folge mehrfach vorgekommen, daß das Präsidium die Leitung der Verhandlung nicht mehr in der Hand behalten konnte, sondern die Hügel hauptsächlich Herrn Dr. Lueger überlassen mußte. Allerdings zwingt die Gerechtigkeit zu der Anerkennung, daß die Debatte, die seit dem Abschluß der Verhandlungen der christlichen Bevölkerung durch die korrupte Judenverhinderung der letzten Jahres eine erhebliche Entschärfung und zum Theil sogar Rechtsetzung gefunden hat. Gleichwohl kann das unangenehme Verhalten einer solchen Atmosphäre nicht förmlich für die Ausbildung derjenigen Eigenschaften sein, die zu einer staatsbeherrschenden positiven Regierungspolitik und vor Allem zu der gedeihlichen Verwaltung einer umfangreichen Gemeinde befähigen. Deshalb zeigt es von Abigkeit und Mäßigkeit, wenn Herr Dr. Lueger sich das Wiener Bürgermeisteramt, das ihm vorausichtlich die Fortien in noch höhere Regionen öffnen dürfte, nicht durch eigenmächtigen Bedauern auf einem Wege verschaffen will, der zwar volkstümliche Vorbeeren abwirft, aber einen höher reichenden Ehrgeiz nicht zum Ziele führt.

gierung geltend machen zu können. Inzwischen ließ er Herrn Strobach bei seinem Amtsantritt die ausdrückliche Erklärung abgeben, daß seine Amtsführung nur als eine provisorische zu betrachten sei. Auf der anderen Seite ließ die Regierung durchblicken, daß die von ihr gehegten Bedenken wegen der administrativen Befähigung Dr. Luegers hauptsächlich auf seine politische Betätigung in Ausübung seines Reichsrathsmandats sich gründeten. Auch verleitete, es sei an Dr. Lueger direkt das damals von ihm zurückgewiesene Ansuchen gestellt worden, gegen die Gewährung der Befähigung auf das Reichsrathsmandat zu verzichten.
Wenn man sich die bezeichneten Vorgänge in die Erinnerung zurückruft, so wird nicht auffälliger darin gefunden werden können, daß gleichzeitig mit dem Rücktritte des Bürgermeisters Strobach die bestimmte Meldung auslief, Dr. Lueger wolle von der ferneren Ausübung seines Abgeordnetenmandats absehen. Dr. Lueger ist offenbar der Meinung, daß jetzt seine Zeit für den Wiener Bürgermeisterei gekommen sei und er will deshalb aus dem Wege, der zum Wiener Rathhaus führt, jedes Hindernis hinwegräumen. Wenn er dann seinen Wechsel auf das Bürgermeisteramt aus dem Portefeuille nimmt und ihn dem aus dem Gesessenen der Demission gereinigt hervorgegangenen Grafen Badeni schmerzhaft präsentiert, wird dieser ihn einlösen, ohne sich einen Augenblick länger zu befinden. Das ist nicht zu bezweifeln, weil der Ministerpräsident die Stimmen der Partei Lueger für den Ausgleich so nötig braucht, wie die Butter auf's Brot. Herr Dr. Lueger aber wird, wenn er erst einmal weich gebettet im Wiener Stadthause ruht, auch kein Unmuth sein, sondern seinen und seiner Freunde das gegen Ungarn soweit dämpfen als nötig ist, um das Elb Ausgleich gar zu machen, ohne es vor allzu großer Hitze in die Gefahr des Zerplatzens zu bringen.
So stehen die Sachen zur Zeit und weder dem Grafen Badeni, noch dem Dr. Lueger kann es von demänsigen Leuten verdacht werden, wenn sie als reale Politiker aus den Dingen machen, was gemacht werden kann. Insbesondere die Deutschliberalen, die über die neueste Wendung zorniglich aufbegehren, haben am allerwenigsten Ursache sich zu beschweren. Wenn ihre antisemitischen Gegner jetzt in der Ausgleichstrage einreden wollen, um sich regierungsfähig zu machen, so ist dies durch doch nicht von ihren grundlegenden Prinzipien, wie das bei den Liberalen zu einer kläglich und jämmerlichen Gemüthsheit geworden ist. Erst in diesen Tagen haben die unter dem Namen Deutschfortschrittler haufenden Nefanden des Deutschliberalismus ihren Namen wiederum zum Gespött gemacht, indem sie zu der böhmischen Sprachenverordnung des Grafen Badeni statt des allein zulässigen kategorischen „Nein“ ein weinerliches „Ja“ sagten, mit dem „festen“ „inneren“ Entschlusse, es nun aber auch ganz und ganz und ganz nicht wieder zu thun, sondern das nächste Mal sicher mit „Nein“ zu stimmen. Natürlich wird es auch bei der nächsten Gelegenheit wieder nicht, sondern die wackelnde Natur dieser Sorte von Politikern gewinnt allemal die Oberhand. Am deutlichsten offenbart sich die weit vorgeschrittene Form der Verfallschichte des Deutschliberalismus an den Ereignissen des ehemaligen Wiener Reichsrathsorgans der Partei, der „Neuen Freien Presse“. Angesichts des schweren Gestirns der Lage findet dieses Blatt den Muth, über den Rücktritt des Bürgermeisters Strobach und seine innerpolitischen Folgen in einer Weise zu urtheilen, die von Blasphemien förmlich strotzt und das christliche Empfinden auf das Heftigste betäubt. Und solche Elemente wollen sich darüber beschweren, daß Graf Badeni und Dr. Lueger sich auf halbem Wege entgegenkommen und sich die Hand zum Vunde reichen?
Man braucht deswegen nicht in den Fehler zu verfallen, daß man Herrn Dr. Lueger und seine Leute als eine Art von Wesensmenschen betrachtet, und Alles, was sie sagen und thun, wunderlich und einwandfrei findet. Im Gegenstheil, es sind auch auf dieser Seite manche greifbare Mängel vorhanden, unter denen in erster Linie der „unermüdete“ alsbald folgende Ton zu nennen ist, den die antisemitische Partei nicht nur im Wiener Gemeinderath, sondern auch im niederösterreichischen Landtag und sogar im Abgeordnetenhaus eingeführt hat. Im Abgeordnetenhaus ist es insbesondere bisher ungewohnter Weise zu beobachten, in neuerer Folge mehrfach vorgekommen, daß das Präsidium die Leitung der Verhandlung nicht mehr in der Hand behalten konnte, sondern die Hügel hauptsächlich Herrn Dr. Lueger überlassen mußte. Allerdings zwingt die Gerechtigkeit zu der Anerkennung, daß die Debatte, die seit dem Abschluß der Verhandlungen der christlichen Bevölkerung durch die korrupte Judenverhinderung der letzten Jahres eine erhebliche Entschärfung und zum Theil sogar Rechtsetzung gefunden hat. Gleichwohl kann das unangenehme Verhalten einer solchen Atmosphäre nicht förmlich für die Ausbildung derjenigen Eigenschaften sein, die zu einer staatsbeherrschenden positiven Regierungspolitik und vor Allem zu der gedeihlichen Verwaltung einer umfangreichen Gemeinde befähigen. Deshalb zeigt es von Abigkeit und Mäßigkeit, wenn Herr Dr. Lueger sich das Wiener Bürgermeisteramt, das ihm vorausichtlich die Fortien in noch höhere Regionen öffnen dürfte, nicht durch eigenmächtigen Bedauern auf einem Wege verschaffen will, der zwar volkstümliche Vorbeeren abwirft, aber einen höher reichenden Ehrgeiz nicht zum Ziele führt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 2. April.
Berlin, Reichstag. Auf der Tagesordnung stehen Gesetzentwürfe, zunächst der Antrag Lieberman v. Sonnabend (Hof.), die Regierung um Einführung eines Gesetzes zu ersuchen, betref. die Wiedereinführung der konfessionellen Eidesformel. — Abg. v. Lieberman: Je trauriger Erfahrungen man mit Meinetzen und sabelähnlichen Eiden mache, um so notwendiger ist es, den Eid mit konfessionellen und religiösen Garantien zu umgeben. — Abg. Voglher (Soz.): Die einfache Erklärung: Ich schwöre, wie sie in Italien geübt wird, genügt vollständig. — Abg. Lieber (Cent.): Meine Freunde schreiben zunächst Alles von diesem Antrag aus, was nach Antic-

Friedrich & Co. Druckerei
eig. Druck. Spec. Kunstschmuck-
druck. 12. Bismarckstr. 27 b. Pörschel und Lohmann.